

Freiheitlicher Gemeindekurier

www.fpoe-noe.at

Unsere Gemeinde

unsere Heimat

FP

Postentgelt bar entrichtet. An einen Haushalt. INFOPOST.

Ausgabe 2/2006

Das Volksbegehren "Österreich bleib frei" findet vom 6. bis 13. März 2006 statt. Das FPÖ-Volksbegehren richtet sich gegen den EU-Beitritt der Türkei, gegen die Aufweichung unserer Neutralität und gegen die EU-Verfassung. "Mit diesem Begehren sollen die Österreicher die Möglichkeit bekommen, drei fatale politische Weichenstellungen, die unserem Land drohen, zu verhindern" sagt FPÖ Abg. z. NR Barbara Rosenkranz und erklärt, warum jede Unterschrift zählt.

Alle drei Themen dieses Volksbegehrens bestimmen das Schicksal unseres Landes und das jedes einzelnen Bürgers auf lange Sicht. Tatsächlich sind die Österreicher in großer Mehrheit für die Beibehaltung der Neutralität, gegen den EU-Beitritt der Türkei und gegen die EU-Verfassung. Alle Umfragen der letzten Jahre belegen das. "Eine unterwürfige Haltung der Regierung und zuvor der SPÖ/ÖVP Koalition gegenüber den Brüsseler Eurokraten verhindern aber, dass der Volkswille auch zum politischen Ausdruck kommt", erklärt Barbara Rosenkranz, Abg. z. NR und Obfrau der NÖ Freiheitlichen. Damit würde der Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung verletzt, wo es heißt: **"Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus."** Das FPÖ-Volksbegehren macht es möglich, dass die Bürger ihren politischen Willen abseits aller Polit-Spiele zum Ausdruck brin-



"Wenn Volksvertreter im Begriff stehen, dass Mandat des Volkes zu missbrauchen, dann muß man seine Stimme erheben; auch wenn man vorerst alleine steht und egal, wie groß die Übermacht

**Barbara Rosenkranz
FPÖ Abg. z. NR**

gen", sagt Rosenkranz. Warum sind nun diese Themen so wichtig? Welche Argumente sind es, die jeden Denkenden zum Unterschreiben bewegen müssen? Warum wir Österrei-

cher gegen den EU-Beitritt der Türkei sein müssen?? Die Türkei ist kein europäisches Land - weder geographisch noch kulturell?? Ankara missachtet die Menschenrechte - noch heute wird in der Türkei gefoltert?? Im Falle des Beitritts droht eine Masseneinwanderung mit unabsehbaren Folgen für die Ziel-Länder?? Die Türkei hat eine (islamische) Kultur, die mit der abendländischen Werteordnung nicht kompatibel ist. Und: Der EU-Beitritt der Türkei könnte deren Islamisierung fördern?? Die Kosten sind nicht zu bewältigen- das Land am Bosphorus wäre der größte Staat innerhalb der EU und hätte Anspruch auf Fördermittel in der Höhe von 30 Milliarden Euro pro Jahr?? Hausgemachter Nahostkonflikt. Die Beziehungen der Türkei zu Nachbarstaaten wie Georgien, Armenien, Iran, Irak und Syrien beinhalten erhebliche Konfliktpotenziale, die mit einem Beitritt zu solchen der EU

würden. Warum wir Österreicher für die Beibehaltung der Neutralität stehen müssen??

Die Frage der Neutralität ist eine von Krieg und Frieden für viele österreichische Berufssoldaten und nicht nur für sie, eine Frage auf Leben und Tod.?? Die österreichische Bevölkerung bejaht die Beibehaltung der Neutralität mit überwältigender Mehrheit.?? Das Volksbegehren bezweckt die Aufhebung des neutralitätswidrigen Artikels 23f B-VG, den ÖVP/SPÖ 1998 beschlossen haben und mit dem Österreich von Brüssel weltweit in Kriege gezogen werden kann! Es finden sich keine geographischen Einschränkungen (z. B. Verteidigung des EU-Territoriums) und keine politischen Voraussetzungen (z. B. Legitimierung durch die UNO oder OSZE). Bereits die Erläuterungen zum Artikel 23f B-VG las-

sen befürchten, dass auch an Kampfeinsätze unter Umgehung des Völkerrechts gedacht wird. **Warum wir Österreicher gegen die EU-Verfassung sein müssen??** Die EU-Verfassung ist ein Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Nationen und die österreichische Souveränität. So verpflichtet sie die Mitgliedstaaten zu ständiger Aufrüstung, sogar zur Etablierung eines Rüstungsamtes, das die Aufrüstung überwachen und ankurbeln soll.?? Weiters ermächtigt diese Verfassung den EU-Ministerrat, weltweit Kriege zu führen - ein militärisches Kerneuropa zu bilden.?? Nicht zuletzt würde es zur Förderung der Atomenergie durch die Bekräftigung des EURATOM – Vertrages kommen.?? Für Österreich ist die EU-Verfassung besonders bedenklich, weil zahlreiche Inhalte der

nationalen Grundordnung widersprechen. Jeglichem Recht aus der EU würde Vorrang vor nationalem Recht eingeräumt- Grundgesetze, Grundprinzipien entwertet und ausgehöhlt werden; insbesondere des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs. Barbara Rosenkranz: "All diese Argumente zeigen es - Österreich stehen wichtige Weichenstellungen bevor. Wer nicht will, dass ein islamisches Land die EU in weitere Disbalance bringen wird; wer nicht will, dass unsere Kinder für fremde Interessen in den Krieg ziehen sollen und wer unsere Neutralität schützen will, erkennt klar: Die Regierenden müssen zum Umkehren gezwungen werden. **Daher zählt jede Unterschrift.**"

Versteckte Radarfallen in den Wohnstraßen erzürnen viele Autofahrer. Auch nicht wenige Anrainer sollen selbst schon hineintappt sein, obwohl doch die Geschwindigkeitsmessungen angeblich nur wegen deren Sicherheit durchgeführt werden. Auf Landesstraßen wird aber nicht gemessen. Warum?

Der Schwächeren Bevölkerung wird gesagt, nur für deren Sicherheit sei es notwendig, Radarmessgeräte in den Wohnstraßen aufzustellen und Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen. Von der Stadtgemeinde Schwechat wurde einer Privatfirma der Auftrag erteilt, diese Radarmessungen rigoros vorzunehmen. In Wohnstraßen ist bekanntlich nur Schrittgeschwindigkeit erlaubt. Das bedeutet: Bei einer Geschwindigkeit von 15 km/h werden die Fahrzeuge

bereits durch das Radar erfasst und die Lenker zur Anzeige gebracht. Angeblich sollen so monatlich durchschnittlich bis zu 500 Lenker angezeigt werden. Die Strafe für das Fahren in einer Wohnstraße mit 15 - 20 Stundenkilometer beträgt rund 30 Euro. Diese Gelder fließen zur Gänze in das Budget der Stadt Schwechat. Darum werden aber auf Landesstraßen (Wienerstraße, Bruck-Hainburgerstraße usw.) keine Radarmessungen durch die Privatfirma durchgeführt, weil ja auf

diesen die Strafgebühren dem Land NÖ zufließen würden. Ob das aber mit mehr Verkehrssicherheit für die Anrainer und Verkehrsteilnehmer zu tun hat, darf bezweifelt werden. Auch die Bürger, die Landesstraßen frequentieren oder dort wohnen, haben ein Recht auf Sicherheit. Oder geht es dabei wirklich nur ums Abkassieren? Geschwindigkeitsmessungen zur Hebung der Verkehrssicherheit sind durchaus richtig, aber mehr Praxisnähe wäre dabei sicher nicht schlecht.

Anschläge zeigen verfehlte Politik der EU gegenüber dem Islam. Europa sitzt mit seinen Millionen moslemischen Einwanderern auf einem Pulverfass "Die EU steht vor dem Scherbenhaufen ihrer bisherigen Politik gegenüber dem Islam", erklärt der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer zu den Anschlägen auf Botschaften verschiedener europäischer Länder.

"Denn auf die Schönwetterreden europäischer Politiker von Toleranz und Dialog antwortet die islamische Welt mit dem Kampf der Kulturen. Auch haben die Brüsseler Finanzspritzen an die verschiedenen orientalischen Despoten nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Denn weniger Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben Auftrieb erhalten als vielmehr radikal-islamische Organisationen", betont Mölzer. "Gerade in der aktuellen Krise muss das EU-Polit-Establishment endlich den Mut finden, klare Worte der Kritik zur schweren Diskriminierung der Christen in weiten Teilen der islamischen Welt zu finden", meint der freiheitliche EU-Mandatar. "Wenn die Christen Glück haben, können sie als so genannte Schutzbefohlene, als Menschen zweiter Klasse, unter islamischer Herrschaft leben. Aber in Saudi-

Arabien etwa ist das Feiern christlicher Gottesdienste selbst im privaten Bereich verboten", stellt Mölzer fest. "Die Ausschreitungen gegen europäische Einrichtungen in der islamischen Welt zeigten aber vor allem, auf welch hochexplosiven Pulverfass Europa mit seinen Millionen von muslimischen Einwanderern sitzt", merkt der freiheitliche Europaparlamentarier an. "Ein kleiner Funke genügt, um dieses Pulverfass zur Explosion zu bringen, wie beispielsweise die Unruhen in den französischen Vororten im Herbst zeigten. Denn die Bereitschaft der in Europa lebenden Moslems, auch jener der zweiten und dritten Generation, sich in die Kultur des jeweiligen Gastlandes zu integrieren, ist vielfach nicht vorhanden. Nur die Anschläge auf europäische Einrichtungen zu verurteilen, reicht nicht aus",

warnt Mölzer. "Denn davon werden sich weder die aufgesetzten islamischen Massen beeindrucken lassen, noch kann damit ein Beitrag zur Sicherheit Europas geleistet werden. Sowohl die Brüsseler Eurokraten als auch die österreichische Ratspräsidentschaft müssen endlich dem multikulturellen Irrweg eine deutliche Absage erteilen", fordert Mölzer. "Dazu zählt neben einem Einwanderungsstopp ebenso die konsequente Abschiebung all jener Moslems aus der EU, die nicht willens sind, die auf dem christlichen Abendland beruhenden europäischen Werte zu akzeptieren. Findet kein Umdenken statt, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch in Europa nach außen hin angepasste Moslems Brandsätze werfen," meint Mölzer.



FPO

- **Türkel nicht in die EU**
- **Neutralität bewahren**
- **EU-Beitrag sofort senken**

ÖSTERREICH bleib FREI!
Volksbegehren: 6. – 13. März 2006

In der Zeit vom 6. bis 13. März 2006 können Sie das Begehren am Stadtamt unterschreiben

Rekordarbeitslosigkeit weisen die Arbeitsmarktdaten des AMS für Jänner 2006 aus. Auch in der Stadt Schwechat sind bereits 739 Menschen ohne Arbeit. Und das: Obwohl Schwechat mehr Arbeitsplätze als Einwohner hat und eine Konzentration von Großbetrieben aufweist.

Die SPÖ in Schwechat bringt es offensichtlich nicht zusammen, selbst in einer Stadt mit den besten Voraussetzungen für Vollbeschäftigung (Flughafen, OMV, Borealis und vielen weiteren Großbetrieben) eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik zu machen. Bei jeder Gelegenheit weisen die heimischen Sozialdemokraten mit stolzschnellter Brust darauf hin, dass es in Schwechat mehr Arbeitsplätze als Einwohner gibt. Und wollen damit sagen, dass dieses nur das Ergebnis ihrer vorbildlichen Arbeitsmarktpolitik sei. Dann müssten sie aber auch die Verantwortung für die unverhältnismäßig

hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt übernehmen. Das weist die SPÖ Schwechat aber mit künstlicher Entrüstung zurück, denn dafür haben immer die anderen Schuld. Hauptsache die Steuereinnahmen fließen reichlich in die Gemeindekasse und verdecken nicht wenige bereits beschlossene und auch künftige Ausgaben, für nicht gerade sinnvolle Prestigeprojekten. Immer mehr Bürger fragen sich mit Recht, wofür wird das viele Geld hierorts nun tatsächlich ausgegeben? Was gibt es in Schwechat, das andere vergleichbare Städte nicht auch haben, obwohl diese deutlich weniger Einnahmen

haben. Darauf kann man vielleicht auch so antworten: Für die Banken und ihre Tochterunternehmen ist Schwechat ein guter Schuldner, denn die Einnahmen steigen durch den stetig wachsenden Flughafen weiter. Und Banken leben ja bekanntlich ganz gut von den Kreditzinsen. Projekte wie Tiefgarage, Rathausumbau, Technologiezentrum, Kugelkreuzentwicklungsgebiet und vieles mehr sind rasch ausgedacht und auch schon durch Kredite vorfinanziert. Vieles wird gemacht, aber auf die Folgekosten scheinbar doch wenig geachtet.

Arbeitslose im Bezirk Schwechat per Jänner 2006

Quelle: AMS

Gemeinde	Frauen	Männer	Gesamt
Ebergassing	45	87	132
Fischamend	73	103	176
Gramatneusiedl	33	62	95
Himberg	71	125	196
Klein-Neusidl	8	12	20
Lanzendorf	24	57	81
Leopoldsdorf	48	64	112
Maria Lanzendorf	47	51	98
Moosbrunn	18	18	36
Schwadorf	17	38	55
Schwechat	277	462	739
Zwölfaxing	17	38	55
Summe:	707	1.014	1795

Die Schwechater Freiheitlichen sind auch im Internet unter www.schwechat-fpoe.at für Sie erreichbar